

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

10.4.1931 (No. 83)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 9,25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigensätze: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen laufende Abnahme, der als Kassenabnahme gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bedruckt. Bei Klagerhebung, Abgangsweltweit Verbreitung und Konfusionsverfahren fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Währungsbruch, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die mittlere Reife

Vereinbarung der deutschen Unterrichtsverwaltungen

Die Unterrichtsverwaltungen der Länder sind übereingekommen, Zeugnisse der mittleren Reife auszustellen und gegenseitig anzuerkennen.

Für den Erwerb der mittleren Reife ist grundsätzlich ein mindestens zehnjähriger Gesamtschulengang mit Vollunterricht erforderlich, der eine in dem erzielten Reifegrade mindestens der anerkannten preussischen Mittelschule entsprechende Allgemeinbildung verbürgt. An Stelle der Fremdsprachen kann in Fachschulen eine vertiefte Fachbildung treten. Privaten Schulen kann das Recht zur Ausstellung des Zeugnisses der mittleren Reife verliehen werden, wenn sie den gleichartigen öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen und in diesem Sinne staatlich anerkannt sind.

Hierzu wird vom Reichsministerium des Innern u. a. mitgeteilt:

Die Schülerzahlen der verschiedenen Zweige und Stufen des Bildungswesens von der Volksschule bis zur Hochschule stehen mit den Vorbildungsbedürfnissen und der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft nicht im Einklang. Überangebot, „überwertig“ Kräfte bewirkt eine Überforderung der Vorbildungsanforderungen bei den freien oder behördlichen Arbeitgebern. In diesem Mißverhältnis liegen große Gefahren wohl für die Bildungsziele der Schule wie für die Berufsrekrutierung und vor allem für die betroffenen Jugendlichen selbst.

Dieser ungesunden Entwicklung wird an erster Stelle durch eine Verbesserung des Ausleseverfahrens abgeholfen sein, in dem Sinne, daß ungeeignete Schüler aus der heute einseitig bevorzugten höheren Schule ausgeschieden bzw. von ihr ferngehalten werden. Doch bedarf es darüber hinaus positiver wirkender Maßnahmen zugunsten solcher Begabungen, die sich vorzugsweise für praktische Lebensberufe eignen.

In den Aufbaufakultäten der Volkshochschulen, den preussischen Mittelschulen und den ihnen entsprechenden mittleren Schulsystemen sowie in den Fachschulen werden Schüler und Schülerinnen herangebildet, die nach Begabung und Ausbildung in vieler Hinsicht den Anforderungen des praktischen Berufslebens besser gerecht werden, als vorzeitig entlassene Schüler der höheren Lehranstalten. Die Absolventen dieser Schularten haben überdies den Vorzug, auf Grund einer in sich abgeschlossenen und den Bedürfnissen praktischer Berufsarbeit weitgehend angepaßten Bildung in das Leben zu treten. Dem Mangel der ungenügenden Berücksichtigung dieser Schularten abzuhelfen, zugleich aber eine wesentliche Vereinfachung und Vereinheitlichung herbeizuführen, ist das Ziel der Vereinbarung, die nach langjährigen Verhandlungen nunmehr zustande gekommen ist.

Verhandlungen mit den Wirtschaftskreisen lassen erhoffen, daß diese Kreise bereit sind, sich den in der genannten Vereinbarung zum Ausdruck kommenden Unterrichtsverwaltungen anzuschließen.

Das Reichsministerium des Innern und die Unterrichtsverwaltungen der Länder sind sich bewußt, daß die mittlere Reife ihre Auswirkung erst in der Zukunft haben wird. Aber gerade die derzeitige Fehlleitung und die heutige Überfüllung der höheren Schulen und der Hochschulen lassen die mit der mittleren Reife begewachte organisatorische Umstellung des Schul- und Berufslebens dringlich erscheinen.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Rückgang der Arbeitslosenziffern

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt nach der Zählung vom 31. März 4 756 000, das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem 15. März um 224 000.

Von den Arbeitslosen waren Hauptunterstützungsempfänger 2 815 554, das ist ein Rückgang um 211 000; die Zahl der Reisenunterstützten betrug 923 359, also 26 000 weniger als bei der letzten Zählung. Der Rückgang der Haupt- und der Reisenunterstützungsempfänger bedeutet keineswegs eine Mehrbelastung der kommunalen Wohlfahrt, da nach Mitteilung des Statistiksamtes die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten nur um 1-2 Proz. gestiegen ist. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der Rückgang der Gesamtzahl der Arbeitslosen um 224 000 sich bisher deckt mit dem Rückgang der Haupt- und Reisenunterstützungsempfänger.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung handelt es sich bei der rückläufigen Bewegung nicht nur um eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Saisonberufen, sondern auch um eine Entlastung in den übrigen Berufen.

Die Vorgänge in Portugal

Der Aufstand auf Madeira

London, 10. April. (Tel.) Zur Lage in Portugal zufolge des Militäraufstandes in Madeira meldet „Daily Mail“ aus Lissabon: Nachdem die Behörden von dem neuen militärischen Staatsstreichversuch Kenntnis erhalten hatten, ließen sie in Lissabon, Oporto und anderen großen Städten ungefähr 30 Personen festnehmen. Unter den Verhafteten befinden sich Offiziere, mehrere ehemalige Minister und andere hervorragende Persönlichkeiten. Zahlreiche Patrouillen in voller Ausrüstung mit Stahlhelmen durchziehen abends die Straßen Lissabons. Das Blatt weist darauf hin, daß dies der 22. revolutionäre Versuch seit der Verbannung des Königs Manuel im Jahre 1907 sei.

Durch ein Dekret der portugiesischen Regierung sind vom 8. d. M. ab die Häfen der Inselgruppe von Madeira für Schiffsahrt und Handel gesperrt und jede Verbindung der Einwohner mit der Außenwelt verboten.

Letzte Nachrichten

Das Unbehagen in Paris Briands Gegenzug

M. Berlin, 10. April. (Priv.-Tel.) Pariser Meldungen scheinen zu bestätigen, daß Frankreich für die Pan-europakonferenz ein Projekt aufgestellt hat, durch das es die deutsch-österreichische Zollunion überholen will und das aus einer Kombination aus Kreditgewährungen und Zollermäßigungen bestehen würde. Vorzugsfälle allein hätten aber für den Südoften Europas, auf den es den Franzosen in erster Linie ankommt, keine ausschlaggebende Bedeutung. Soweit wir unterrichtet sind, ist dieser Plan als Taktische auch schon in den Pariser Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter von Goebbels erwähnt worden, wobei aber keine Einzelheiten bekanntgegeben wurden.

Man sieht an den amtlichen Stellen in Paris, das französische Vorgehen nicht als übermäßig aussichtsreich an und rechnet mit der Möglichkeit, daß der Völkerverbund die Beschwerden gegen Deutschland und Österreich einem Justizkomitee überweist. Nach wie vor ist man sehr ungehalten über die Einladung nach Chequers, obwohl sie für Genf selbst, da der Besuch nach der Ratstagung erfolgt, keine Bedeutung mehr hat. Aber jegliches deutsch-englische Zusammengehen in der Abrüstungsfrage wird in Paris mit besonderem Mißbehagen aufgenommen. Es wäre zu wünschen, daß sich in Chequers auch eine Gelegenheit für die deutschen Staatsmänner bietet, die neben der Abrüstung wichtigste Frage der deutschen Politik, nämlich die Reparationsangelegenheit zur Erörterung zu bringen. Lebensfalls würde das die größte Leistung darstellen, die für das Kabinett Brüning überhaupt denkbar wäre.

Verbot des Hauptorgans des Stahlhelms

M. Berlin, 10. April. (Priv.-Tel.) Der Berliner Polizeipräsident hat heute den „Stahlhelm“, das Organ des Bundes, auf Grund des Republikstüchgesetzes und der Notverordnung des Reichspräsidenten auf die Dauer von drei Monaten verboten. In dem Verbot wird betont, daß ein Artikel vom 5. April eine Reihe schwerer Beschimpfungen der preussischen Staatsregierung enthalte, der vorgeworfen werde, sie sei die Verbündete Frankreichs und Polens und habe die Sabotage des Ruhr-Abwehrkampfes auf dem Gewissen.

Konflikt im Reichsverkehrsministerium?

M. Berlin, 10. April. (Priv.-Tel.) Nach Blättermeldungen sollen im Reichsverkehrsministerium sehr starke Meinungsverschiedenheiten herrschen, die zu einem offenen Konflikt zu führen drohen. Es handele sich dabei um den Schenker-Vertrag. Nach diesen Meldungen, die bisher keine amtliche Bestätigung, aber auch kein Dementi erfahren haben, habe sich Staatssekretär Gumbert an den Reichskanzler persönlich gewendet, um ihm den Sachverhalt darzulegen. Das wäre also eine Beschwerde gegen den eigenen Minister von Gumbert.

Jahrestagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Wien

Wien, 10. April. (Priv.-Tel.) Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger findet in Wien statt. Wie der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Krumpholtz (Wien) der „Neuen Freien Presse“ mitteilte, geschieht es zum ersten Male, daß der seit 37 Jahren bestehende Verein seine Jahresversammlung außerhalb des Deutschen Reiches abhält. Die bevorstehende Tagung werde vor allem als Ausdruck des deutschen Gemeinschaftsgefühles empfunden werden. Deshalb seien diesmal auch neben den Vertretern der deutschen Presse in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Siebenbürgen die Verlegerorganisationen der stammverwandten Völker, wie der Schweiz, Hollands, Standinaviens und des Baltikums, eingeladen worden.

Kommunistenverhaftungen in Berlin

M. Berlin, 10. April. (Priv.-Tel.) Im Zusammenhang mit den Sprengstoffskandalen, die in den letzten Wochen in verschiedenen Teilen des Reiches gemacht wurden, fanden, der „DZ“ zufolge, auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wieder Hausdurchsuchungen bei Berliner kommunistischen Funktionären und in mehreren Privatquartieren kommunistischer Vertrauensleute statt. Im Verlaufe der Polizeiaktion, die fast den ganzen Tag andauerte, wurden mehrere von der Oberreichsanwaltschaft schon seit längerer Zeit gesuchte Personen verhaftet. Die Festgenommenen, gegen die ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist, werden in den nächsten Tagen nach Leipzig gebracht werden. — Unter den Verhafteten befindet sich auch ein russischer Staatsangehöriger, der mit mehreren Mitgliedern der sowjetrussischen Handelsdelegation in einer Pension am Kurfürstendamm wohnte.

Wirtschaftliche Umschau

Die Steuerquellen Branntwein und Bier — Kali und Erdöl — Badischer Spargelbau

Der Jahresbericht der Reichsbranntweinmonopolverwaltung für 1929/1930 (1. Oktober bis 30. September) zeigt einen an und für sich hoch erfreulichen weiteren, sehr starken Rückgang des Branntweinkonsums in Deutschland. Der Absatz an Trinkbranntwein bildet jedoch den Rückhalt des Verkaufsmonopols, bringt dem Reich den Gewinn daraus und ermöglicht auch die Subventionenpolitik an den landwirtschaftlichen Brennereien des Ostens. Zum regelmäßigen Verkaufspreis wurden nur 383 000 Hektoliter (i. B. 662 000 Hektoliter) abgesetzt, wozu noch 140 000 Hektoliter (i. B. 234 000 Hektoliter) an ablieferungsfreiem Branntwein kommen, das bedeutet einen Rückgang um etwa 40 Proz. Auch der Gesamtabsatz des Monopols war mit 2 Mill. Hektolitern (i. B. 2,6 Mill.) um 21,9 Proz. niedriger als im Vorjahr. Dabei sind die Bestände des Monopols weiter gewachsen. Die Abschreibungen an die Reichskasse sind um mehr als ein Drittel, von 326,5 auf 210,5 Mill. gegen das Vorjahr gesunken, wobei das Reich außerdem noch mit Krediten erheblich in Anspruch genommen wurde. Die Branntweinerzeugung ist allerdings um 268 000 Hektoliter gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, aber der notwendige und durch Verabreichung des Jahresbrennrechts betriebene größere Rückgang der Erzeugung ist durch zahlreiche Ausnahmegenehmigungen und die gute Kartoffel- und Obsternte aufgehalten worden. Auch für das neue Geschäftsjahr 1930/31, das im Oktober begonnen hat, ist auf ein besseres finanzielles Ergebnis nicht zu rechnen, es sei denn, daß die Biersteuererhöhungen den Trinkbranntweinkonsum wieder vergrößern sollten. Es wird sich auch zu zeigen haben, wie sich der am 1. August in Kraft getretene Vermischungszwang von Sprit zu Motor-treibstoffen finanziell auswirkt.

Freilich wird man bei Betrachtung des Rückgangs des Trinkbranntweinkonsums nicht an der Tatsache vorbeigehen können, daß das Anwesen der Schwärzbrennereien weiter anhält, und daß diesen Ausfällen an Reichseinnahmen wahrscheinlich nur durch eine völlige Umgestaltung der Branntweinbesteuerung zu begegnen sein wird. Daß ein nennenswerter Teil des Absatzrückgangs auf die „Konkurrenz aufgespritzter Südwine“ zurückzuführen sei, wie die Monopolverwaltung behauptet, ist ebensowenig einleuchtend, als die Möglichkeit, daß der gesamte neue 40prozentige Absatzrückgang durch die Konjunkturschwächung veranlaßt sein könnte. Es wird auch eine gewisse Voreindeckung anlässlich der Steuererhöhungen im vorhergehenden Jahr erfolgt sein. Angesichts des Einnahmerückgangs wird sich die Subventionierung des öffentlichen Kartoffelbaus mit Hilfe des Branntweinmonopols nicht auf die Dauer in der bisherigen Weise aufrechterhalten lassen, und der Vorschlag erscheint durchaus nicht abwegig, diese Gelder zum direkten Kauf für Kartoffeln zur Naturalunterstützung der Arbeitslosen zu verwenden, anstatt diese Kartoffeln zu verspritzen und den Sprit unter Verlustpreisen für Mästrinkwürde abzusetzen.

Die deutsche Brauindustrie teilt mit, daß der Rückgang der Biererzeugung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zum Teil über 30 Proz. betrage, was wohl mehr noch auf die neuen Belastungen des Biers, wie auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Zu den amtlichen Zahlen über das Reichsaufkommen im Monat Februar, das einen Zuwachs von 17 Proz. bei einer um 46 Proz. erhöhten Steuer zeigt (während der Januar 1931 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ein Mehrertragnis von nur 13 Proz. verzeichnete), wird darauf hingewiesen, daß das Aufkommen vom Februar sich auf den Bierabsatz vom Dezember bezieht, weil die Biersteuer erst im zweiten Monat nach Entstehung der Steuererschuld fällig wird, und daß der Monat Dezember wegen der Feste überhaupt einen stärkeren Konsum aufweise, das verschiedentlich auch in diesem Monat eine Vorverjorgung wegen am 1. Januar in Kraft tretender kommunaler Biersteuern erfolgte. Die Angaben der Brauindustrie über den weiter verringerten Bierabsatz der ersten Monate des neuen Jahres finden auch eine gewisse Bestätigung durch die vielen Zusammenbrüche von Gaststätten.

Dadurch, daß die deutsche Kaliindustrie die Erdölgewinnung aus Kaligruben in Thüringen erfolgreich aufgenommen hat und auch anderwärts Bohrungen vornimmt, die sich deshalb für größere Tiefen erheblich billiger gestalten, weil die Bohrungen von den Grubenbohlen aus vorgenommen und bis zu 1000 Meter erspart werden können, bahnt sich in der Treibstoffversorgung Deutschlands möglicherweise eine neue Situation an. Es ist ferner möglich, daß auch in Baden derartige Bohrungen stattfinden, zumal die badischen Gruben dem darin bisher bereits erfolgreichen Burbachkonzern angehören. Im benachbarten Elsaß, wo ähnliche geologische Voraussetzungen vorliegen, schürft man bereits nach Erdöl (wenn auch bisher ohne Ergebnis). Die Société d'Etudes de Recherches et d'Exploitations Minières (Serem), die dieser Tage neue Kalischichten bei Hirzfelden im Elsaß auf 900 Meter Tiefe erbohrte, hat eine Erhöhung ihres Aktienkapitals vorgenommen, um eine Mühlbacher Gesellschaft, die im Sundgau nach Petroleum schürft, zu übernehmen. Auch die deutsche Kaliindustrie will im großen Stil weitere Bohrungen vornehmen, um die Möglichkeiten zu untersuchen, die sich an die Erfahrung knüpfen, daß Erdöl häufig unter Kalischichten lagert.

Im Verein mit den neuen Funden in Hannover ergeben sich somit Ausichten, daß Deutschland in steigendem Maß ein Produktionsland für natürliches Erdöl wird und so große Summen unserer Volkswirtschaft erhalten bleiben. Wie sich unter solchen Umständen die weiteren Ausichten der bekanntlich bereits in Leuna in großem Maßstab durchgeführte Kunstölgewinnung gestalten werden, bleibe dahingestellt. Hier besteht übrigens bekanntlich seit längerer eine internationale Zusammenarbeit, wobei die deutschen Patente weniger zur Verflüssigung von Kohlen als zur rentableren Benzingerinnung aus Rohöl ausgenutzt werden. Nun steht die Gründung zweier deutsch-englisch-amerikanischer Gesellschaften bevor, welche sich dem Ausbau der Spürverfahren widmen werden. In Erdöl ist freilich gegenwärtig in der Welt eine große Überproduktion zu verzeichnen, so daß selbst die großen amerikanischen Gesellschaften, die wahrlich nicht für staatliches Eingreifen (aber selbst für diese Überproduktion in erster Linie verantwortlich) sind, jetzt eine staatliche Kontrolle und Kontingentierung der Produktion verlangen.

Unter den badischen Spezialkulturen steht der Spargelbau an hervorragender Stelle. Er wird von einer größeren Anzahl Gemeinden im nördlichen Teil unseres Landes auf den dazu besonders geeigneten Böden der Rheinebene betrieben, und sein Gebiet reicht von dem Karlsrüher Vorort Reichenmühl bis nach Mannheim. 1930 hatte die Spargelanbaufläche in Baden einen Umfang von 929 Hektar (gegen zirka 400 Hektar 1926), davon entfielen auf die Amtsbezirke Mannheim 410, Bruchsal, 257, Karlsruhe 141, Wiesloch 45, Heidelberg 36 Hektar. Mittelpunkt dieser auch dem Laien interessanten eigenartigen Spezialkulturen, ist bekanntlich Schwetzingen, das auch der Hauptmarktort ist. Gegenwärtig ist der weitere Ausbau des Spargelbaues auf genossenschaftlichem Weg im Gange. Derartige Genossenschaften bestehen bereits seit längerem in der bedeutenden Spargelbaugemeinde Oberhausen und in Philippsburg. Nun ist eine große Verkaufsgenossenschaft für das Schwetzingener Gebiet in der Bildung, der sich außer Schwetzingen die Gemeinden Ostersheim, Reisch, Brühl und Planstadt anschließen sollen, wobei die berühmte Name „Schwetzingener Spargel“ als Qualitätsbezeichnung für das gesamte Anbaugelände unter einwandfreier und einheitlicher Sortierung des Spargels maßgebend bleiben soll. Die Genossenschaft soll sich auf die örtlichen Spargelbauvereine aufbauen und ihr der Verkauf an die Großabnehmer und die Konservenfabriken obliegen, wobei der Schwetzingener Spargelmarkt erhalten und auch der örtliche Handel unter der Bedingung loyaler Zusammenarbeit berücksichtigt werden soll. Der geplante Zusammenschluß wird als eine weitere Bemühung in der Richtung der Qualitätsproduktion unserer bäuerlichen Landwirtschaft und der weiteren Standardisierung ihrer Erzeugnisse zu buchen und zu begrüßen sein.

Aleine Chronik

Der bekannte Kunstflieger Udet ist Donnerstag nachmittag auf dem Flughafen in München mit seinem Flugzeug eingetroffen. Udet ist damit von seinem Afrikaflug, in dessen Verlauf er bekanntlich auch zu einer gefährlichen Notlandung gezwungen war, wieder wohlbehalten in die Heimat zurückgekehrt.

Der Londoner Flieger Scott, über dessen Rekordflugbericht bereits berichtet wurde, ist in Port Darwin (Australien) eingetroffen. Er hat den von Kingsford Smith für den Flug England-Australien aufgestellten Rekord um rund 18 Stunden unterboten.

Von den mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten Säuglingen ist in Lüneburg noch ein Kind gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 76.

Die Gottlosen-Propaganda hatte in Sachsen verheerende Wirkungen. In der Kirche von Bienenmühle bei Freiberg haben mehrere Eindringler während der Osterfeierlage vandalisch gehandelt. Die Kirche wurde, namentlich in der Nähe des Altars, in der gemeinsamen Weise besudelt. Daß es den Eindringern nur um die Schändung der Kirche zu tun war, beweist die Tatsache, daß keine der gefüllten Opferbüchsen erbrochen worden ist. Auch in Nassau im Erzgebirge wurde die Kirche am zweiten Osterfeiertag von Eindringern heimgesucht.

Ein schweres Unwetter hat in der Nacht zum heutigen Freitag die Südwesfküste von Korea heimgesucht. Mehr als 100 Fischerboote sind dem Sturm zum Opfer gefallen. Die Zahl der dabei ertrunkenen Fischer wird auf mindestens 125 geschätzt.

Doumergue gegen das deutsch-österreichische Abkommen

Die „gefährdete Sicherheit“ Frankreichs

Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, hielt in Nizza bei einem Empfang eine Rede, in deren Verlauf er auch auf politische Fragen einging. Der französische Patriotismus wolle den anderen Ländern nicht die Hegemonie Frankreichs aufzwingen. Er wolle Frankreich nur den Platz sichern, auf den es ein Anrecht habe, und er wolle die volle Sicherheit, die Frankreich unbedingt brauche. Frankreich habe zu sehr unter dem Kriege gelitten, als daß es nicht den Wert des wohlthuenden Friedens schätze. Ein dauerhafter Frieden sei aber nur möglich, wenn die Sicherheit der Grenzen völlig gewährleistet sei. Frankreich sehe sich einem unvorhergesehenen Ereignis gegenüber, dessen Folgen für die Gegenwart und die Zukunft nicht verkannt werden dürften, weil die Geschichte des Landes, in dem dieses Ereignis eingetreten sei, einen Präzedenzfall aufweise, der lehrreich sei und den zu verpassen gefährlich wäre. Die jetzt lebenden Generationen trügen vor den künftigen Generationen die Verantwortung.

Die Pariser Presse stimmt ein

PARIS, 10. April. (Tel.) Die Rede des Präsidenten der Republik in Nizza wird von den meisten Blättern groß aufgemacht und von ihnen, soweit sie Stellung nehmen, voll auf gebilligt.

„Journées Industrielle“ schreibt, die sehr deutliche Anspielung des Präsidenten der Republik auf die auswärtige Lage, nämlich das deutsch-österreichische Abkommen, verdiene besondere Erwähnung. „Avenir“ erklärt, man müsse stark bleiben, da einerseits der Völkerverbund sich nur an den guten Willen seiner Mitglieder wenden könne und andererseits man einige Mitglieder völlig den Völkerverbundgeist vernachlässigen sehe, und wenn es ihnen gut dünkte, zur individualistischen Formel zurückzukehren, ohne sich zu scheuen, das europäische Konzert zu stören. Sogar Herriot erhebe sich gegen die Umtriebe Berlins und Wiens. Hierüber müßten alle Franzosen einer Meinung sein. Doumergue fordere Frankreich auf, diese Einigung durchzuführen.

Als Beispiel für die Wertung durch die nationalistische Presse kann der Kommentar des „Eco de Paris“ gelten. Das Blatt erklärt, die Worte Doumergues hätten keinen Sinn, oder sie stellten eine Beurteilung des Völkerverbundes dar, der nicht einmal in der Lage sei, einfache Empfehlungen zu formulieren. Wenn der Präsident zu verstehen gebe, daß er in dem Wirtschaftsanschluß nicht einen vereinzelt Akt erblicke, sondern vielmehr den Beginn einer Reihe von Überreitungen, so stelle er damit indirekt fest, daß die politische Anschauung, auf der sich die Politik von Locarno aufgebaut habe, verfehlt gewesen sei. Das Blatt erblide in der Rede des Präsidenten eine Beurteilung der Briand'schen Politik.

„Financial Times“ zur Zollunion

LONDON, 10. April. (Tel.) In einem Leitartikel über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion führt „Financial Times“ aus, daß seit dem Kriege in der ganzen Welt ein Streben nach wirtschaftlichem Nationalismus wahrnehmbar sei. Die Staaten hätten immer zahlreichere Hindernisse in den Weg des freien Handelsverkehrs durch Errichtung von Tariffschranken gelegt. Das Ergebnis sei, daß die Menge der Waren, für die einen Markt zu finden, schwierig sei, ständig zunehme. Deutschland sei durch seine Reparationsverpflichtungen weiter angetrieben, seinen Ausfuhrhandel zu vergrößern, um seine Gläubiger betriebligen zu können. Es strebe daher nach einem sicheren Markt für seine Waren. Das geplante Abkommen mit Österreich sei ein durchaus logisches Ergebnis. Allerdings habe die Sache noch eine andere Seite, denn die künstlich geschützten Industrien würden bei einem Fall der Zollschranken in Schwierigkeiten geraten. „Financial Times“ schließt, daß die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt sei. Da aber andere Länder zur Teilnahme aufgefordert seien, so bleibe abzuwarten, ob dieser erste entscheidende Schritt den notwendigen Anstoß in Richtung auf das Ziel geben werde, das beinahe allgemein als erstrebenswert anerkannt worden sei.

Kurze Nachrichten

Reichstagspräsident Lohse ist mit einigen anderen Abgeordneten des Deutschen Reichstages zur Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrates der Interparlamentarischen Union in Genf eingetroffen.

Reichsverkehrsminister von Guérard hat am Donnerstagmittag mit dem Keipel-Berlin-Express in einem von der italienischen Regierung in Rom zur Verfügung gestellten Salonwagen die Rückreise nach Berlin angetreten.

Der Reichsdichter Sadekt in Stuttgart. Am Mittwoch stattete der amerik. Vorkämpfer Sadekt mit seiner Gemahlin Stuttgart einen Besuch ab. Im Laufe des Nachmittags tauschte der Reichsdichter mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz und dem Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Lautenschlager, Besuche aus. Abends wohnten die Gäste auf Einladung der württembergischen Regierung einer Aufführung des „Fliegenden Holländer“ im Landestheater bei.

Die Nationalsozialisten für das Volksbegehren in Preußen. Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat, wie die „D.Z.“ aus München berichtet, jetzt auch offiziell beschlossen, das Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags mit aller Energie zu unterstützen.

Uniformverbote in Preußen. Für die Nationalsozialisten Westfalens, Hannover, Brandenburg und Ostpreußens wurden von den Oberpräsidenten dieser preussischen Provinzen Uniformverbote erlassen. Ein gleiches Verbot wird für Berlin veröffentlicht.

Die Regierungsbildung in Thüringen. Die Deutsche Volkspartei lehnte, wie aus Weimar gemeldet wird, in den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen den Vorschlag der Nationalsozialisten, mit ihnen gemeinsam wieder eine Regierung auf der Grundlage der alten Koalition mit der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkspartei, Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu bilden, ab. Heute nachmittag wird nun in neuen Verhandlungen die Frage zu klären sein, ob eine Minderheitsregierung der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolkes gebildet werden soll.

Schulstreik in Braunschweig. Die kürzlich erfolgte Entlassung von 26 dissidentischen Lehrern in Braunschweig hat den „Weltlichen Elternbund“ zu einem Protest veranlaßt, der in einem Schulstreik an den weltlichen Schulen seinen Ausdruck finden soll. Der Streik hat heute, Freitag, in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen begonnen. In Wolfenbüttel wurden verschiedene Personen festgenommen, die Kinder auf der Straße am Schulbesuch hindern wollten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Das Teilkutachten der Brauns-Kommission

Am heutigen Freitag soll das Teilkutachten veröffentlicht werden, das die unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Brauns eingesetzte Gutachterkommission zu Ostem erstattet hat. Die Hauptgrundsätze sind zwar bereits bekannt gegeben worden; das Gutachten enthält aber in seinen Einzelheiten noch sehr viel interessantes Material, so vor allem über die Auswirkungen, die von der Abschaffung des Doppelverdienstes und der Verkürzung der Arbeitszeit erwartet werden.

Durch die Regelung des erigenannten Problems glaubt man im Laufe der Zeit über 300 000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingliedern zu können. Erheblicher noch ist die Zahl, die bei der Verkürzung der Arbeitszeit herauskommen dürfte. Die Schätzungen maßgebender Stellen weichen stark voneinander ab. Am optimistischsten sind offenbar die des Instituts für Konjunkturforschung, das bei restloser Durchführung der Maßnahmen mit anderthalb Millionen rechnet, am niedrigsten die des Reichsarbeitsministeriums, das die Zahl auf etwa 600 000 betanschlagt. Das Gutachten der Brauns-Kommission macht sich die Berechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu eigen, die auf 750 000 hinausläuft. Zusammen würde also (wie man glaubt) durch die geplanten Maßnahmen auf diesen beiden Gebieten immerhin eine Verringerung der Arbeitslosigkeit um 1 Million Personen zu erwarten sein. Das wäre sehr viel mehr, als man in der Öffentlichkeit bisher geglaubt hatte.

Die Brauns-Kommission wird ihre Arbeiten in der nächsten Zeit sehr energisch fortsetzen. Sie wird in der kommenden Woche wieder zusammenzutreten, um zunächst das Problem der Arbeitsbeschaffung zu beraten. Sobald das Gutachten heraus fertiggestellt ist, soll die Frage der Sicherung der Arbeitslosenfürsorge nach der finanziellen Seite hin in Angriff genommen werden. Unter dieses Gebiet fällt auch die Krisen- und die Wohlfahrtsfürsorge. Die Vorschläge des Deutschen Städtetages werden zweifellos mit in die Erörterungen einbezogen werden, die zu einer Reform des Arbeitslosenversicherungswesens führen sollen.

Der erste Teil des Gutachtens ist soeben als Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes erschienen.

„Graf Zeppelin“ über Bengasi

HAMBURG, 10. April. (Tel.) Nach einer bei der Sapaglinie eingetroffenen Meldung befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute früh über Bengasi auf der Strecke Tripolis-Kairo. Das Luftschiff macht sehr schnelle Fahrt und wird heute nachmittags bereits ägyptisches Gebiet erreichen.

Einigung über die Berliner Stadtwahl. Im Wahlausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung stellte sich bei den Probeabstimmungen am Donnerstag heraus, daß sowohl für Dr. Sahm als Oberbürgermeister, als auch für Dr. Elßaß und Lange als Bürgermeister und für Dr. Ußj (Frankfurt a. M.) als Stadtkämmerer eine sichere Mehrheit vorhanden ist. Bei den Abstimmungen erklärten sich für Sahm, Elßaß, Lange und Ußj die Vertreter der Sozialdemokraten, der Staatspartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, die im Plenum über 104 Stimmen verfügen.

Gemeindeverordnungen

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1931 ist soeben im Stadtrat erschienen. Es ist ein 240 Seiten umfassendes Buch. Der Hauptvoranschlag schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 66 770 310 RM. ab. Darunter befinden sich durchlaufende Posten in Höhe von 15 554 570 Reichsmark.

Durch Gemeindesteuern zu bedecken ist ein Fehlbetrag von 2 422 260 RM. Der neue gekündete Steuerfuß wurde wie folgt festgelegt: Gebaute Grundstücke 51 Pf. (53), unebaute Grundstücke 75 Pf. (77,5), Wald 51 Pf. (53), Betriebsvermögen 29 (31) Pf., Gewerbevermögen bis mit 10 000 RM. 366 Pf. (390), über 10 000 RM. 427 (465) Pf. Es ergibt sich ein Steuerertrag von 8 232 553 RM. Sonach beträgt der durch die Steuererhöhung entstandene, der Stadt durch das Land zu erhebende Ausfall 189 707 RM. — Die außerordentlichen Unternehmungen im Rechnungsjahr 1929 haben einen Mehraufwand von 213 925 RM. verursacht, der durch Anleihenmittel bestritten werden soll.

Am Schluß der Erläuterung zum Stadtratbericht wird hervorgehoben, daß Karlsruhe neben Pforzheim die niedrigste Anlage der größeren Städte des Landes hat. Sie liegen weit unter dem Landesdurchschnitt, der beim Grundvermögen 90, beim Betriebsvermögen 33,8 und beim Gewerbevermögen 525 Reichspfennig beträgt.

Aus den Teilveranschlägen wird interessieren, daß der Zuschuß zum badischen Landestheater sich dank der allgemeinen Gehalts-, Löhner- und Lohnführungen und einzelner sonstiger Abstriche an den Ausgaben von 779 000 RM. auf 725 000 RM. ermäßigt. Obgleich sich der reine Betriebsaufwand des Landestheaters um 185 000 RM. ermäßigt hat, verringert sich der Betriebszuschußbedarf nur um 125 000 RM. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen des Landestheaters von 771 000 RM. auf 711 000 RM. zurückgegangen sind.

Die Voranschlagsberatung im Bürgerauschuß dürfte etwa Anfangs Mai beginnen.

Der Stadtrat Durlach hat beschlossen, bei der kommunalen Landesbank ein Darlehen in Höhe von 170 000 RM. aufzunehmen. Der Betrag soll zur Beschäftigung von Arbeitslosen dienen. — Im Hinblick auf die große Notlage der Landwirtschaft und die geringen Preise der landwirtschaftlichen Produkte hat die Stadtverwaltung die Pachtzinsen für die kädtischen und Allmendgrundstücke östlich der Bahn Karlsruhe-Mannheim zunächst für das Pachtjahr 1931 um 15 bis 25 Proz. ermäßigt. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt in Durlach 1835.

Der Bürgerauschuß Singen a. S. genehmigte einstimmig die Verhaftung der Polizei. Nunnmehr wird die Staatspolizei aus 41 Beamten bestehen gegenüber 19 bisher. Wahrscheinlich wird die hiesige Polizei am 1. Juni verstaatlicht werden. Bürgermeister Dr. Kaufmann teilte mit, daß die Finanzverhältnisse der Stadt Singen gesunde sind. Der Voranschlag für 1931 werde kaum einen Fehlbetrag aufweisen.

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. Donnerstag vormittag traten in Stuttgart Vertreter der Bürgerpartei, des Zentrums, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie zusammen, um zur Oberbürgermeisterwahl Stellung zu nehmen. Alle Parteien erklärten sich für die Wiederwahl von Dr. Lautenschlager. Demnach kann mit der Wiederwahl von Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager am 26. April gerechnet werden.

Badischer Teil

Verwaltungsgerichtshof und Uniformverbot

Eine abgewiesene Klage

Der badische Verwaltungsgerichtshof hat durch Urteil vom 18. März die Klage des Blechners Eugen Müller von Karlsruhe wegen der am 25. Januar erfolgten Wegnahme nationalsozialistischer Uniformstücke kostenfällig abgewiesen. In dem Urteil wird zur Begründung u. a. ausgeführt, daß sich der Verwaltungsgerichtshof für berechtigt hält, nachzuprüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausübung der dem Reichspräsidenten und der Landesregierung in Artikel 48 der Reichsverfassung gegebenen Diktaturgewalt vorliegen. Das Vorbringen des Klägers Müller, die in Artikel 48 gegebene Ermächtigung sei willkürlich mißbraucht worden, hat der Verwaltungsgerichtshof nicht anerkannt. Ebenfalls nicht den Einwand, daß durch das Verbot des Uniformtragens das Recht der freien Meinungsäußerung beschränkt werde. Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der badischen Verordnung vom 14. Januar 1931 und die Wegnahme der Parteiformstücke durch die Polizei, da deren Träger durch Nichtbeachtung der Verordnung einen rechtswidrigen Zustand geschaffen hätte.

Die epidemische Kinderlähmung in Baden im Jahre 1930

Die epidemische Kinderlähmung, die im Deutschen Reich seit 1913 zu den ansteigendsten Infektionskrankheiten zählt, tritt in Baden verhältnismäßig selten auf. Die Zahl der gemeldeten Fälle von Erkrankungen betrug im Jahre 1920 im ganzen Land nur 4, stieg im folgenden Jahr auf 57, schwante in den nächsten Jahren zwischen 15-53; im Jahre 1929 betrug sie 28 und stieg im Berichtsjahr 1930 auf 197. Seit Anfang dieses Jahres ist die Seuche so gut wie erloschen.

Die auffallende Häufigkeit der epidemischen Kinderlähmung im Sommer und Herbst vorigen Jahres gibt Veranlassung, Einzelheiten über Geschlecht, Alter und Berufsangehörigkeit der an epidemischer Kinderlähmung erkrankten Personen mitzuteilen.

Nach Meldung der behandelnden Ärzte trat die epidemische Kinderlähmung im Jahre 1930 erstmals Mitte Mai in den Amtsbezirken Rehl und Lahr auf, wo rasch nacheinander 4 Personen erkrankten. Von hier aus scheint sich die Krankheit über das Land hin verbreitet zu haben; in monatsweise ständig steigenden Zahlen (Juni 7, Juli 26, August 36, September 45) erreichte die Zahl der Krankheitsfälle ihren Höhepunkt in der 4. Woche des September, in der allein 15 Fälle gemeldet wurden; von da an ging die Seuche langsam wieder zurück (im Oktober 32, im November 31, im Dezember 14 Fälle).

In diesem Zusammenhang mag es nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß nach den Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts die epidemische Kinderlähmung in sämtlichen Jahren, in denen sie eine größere Häufigkeit aufweist, fast regelmäßig nur in den Monaten August, September oder Oktober auftritt, während die Fälle von Erkrankungen in der ersten Hälfte des Jahres sowie im November und Dezember verhältnismäßig selten sind.

Hinsichtlich der örtlichen Verbreitung der epidemischen Kinderlähmung innerhalb der einzelnen Landesgegenden steht fest, daß sich die 197 gemeldeten Fälle von Erkrankungen auf 81 Amtsbezirke und auf insgesamt 92 Gemeinden verteilen. Von den betroffenen Amtsbezirken haben allerdings 12 nur einen einzigen Erkrankungsfall zu verzeichnen; in 4 Bezirken kamen je 2, in weiteren 4 Amtsbezirken 3-5, in 4 weiteren 6-10, in 4 (Wülfl, Rehl, Karlsruhe und Lörzsch) 11-20 und in 3 (Heidelberg, Mannheim und Rastatt) über 20 Erkrankungen vor. Die Höchstzahl mit 32 weist der Bezirk Rastatt auf. Die Bodensee- und Donauebene, (abgesehen von einzelnen Fällen in den Amtsbezirken Engen und Überlingen), die nordöstliche Ecke des Landes (Amtsbezirk Wertheim) sowie die Bezirke Oberkirch, Waldkirch und Wolfach blieben ganz oder nahezu ganz von der Seuche verschont.

Die Höchstzahl von Erkrankungen an epidemischer Kinderlähmung weist die Stadt Mannheim auf (19 Fälle); dann folgen die Gemeinden Karlsruhe (15), Baden (10), Heidelberg (8), Rehl, Rastatt, Billingen, Ruckloch und Weil am Rhein (je 6). Von den Städten mit über 10 000 Einwohnern hatten Freiburg, Offenburg und Pforzheim je nur 1, Bruchsal, Durach, Konstanz und Singen überhaupt keinen Fall von epidemischer Kinderlähmung zu verzeichnen. Als ein besonderes Glück muß es angesehen werden, daß sämtliche Kinder- und Erholungsheime unseres Landes sowie die großen Kliniken von der Seuche völlig verschont geblieben sind.

Hinsichtlich des Geschlechts ist zu bemerken, daß 104 von der Seuche betroffene Personen männlichen und 93 Personen weiblichen Geschlechts waren.

Dem Alter nach wurden in der überwiegenden Mehrzahl — dem Namen der Krankheit entsprechend — Kinder im Alter von unter 6 Jahren betroffen. Im Alter von unter 1 Jahr fanden 15 erkrankte Kinder, im Alter von 1-5 Jahren 148, das sind rund 75 Proz. aller festgestellten Krankheitsfälle. Daß auch ältere Personen von der epidemischen Kinderlähmung betroffen werden können, ergibt sich aus der Feststellung, daß 7 Personen im Alter von 17-30 Jahren und je 1 Person im Alter von 36 und 40 Jahren erkrankt sind.

In 193 Fällen fand eine Unterbringung der erkrankten Personen in Universitätskliniken (Heidelberg, Freiburg und Strassburg), in das Kinderkrankenhaus Karlsruhe sowie in sonstige Krankenhäuser statt.

Von den erkrankten Personen gehörten 78 der Arbeiterbevölkerung, 32 der Landwirtschaft, 21 Kaufmannsfamilien, 14 dem Handwerk, je 8 den freien Berufen und der Gastwirtschaft und 2 Kinder einem Apotheker an. In 39 Fällen wurden Beamtenfamilien von der Seuche betroffen. Bei 11 Kindern konnte die Berufsangehörigkeit der Eltern nicht mit Zuverlässigkeit festgestellt werden.

Todesfälle ereigneten sich bei 18 Personen, die sich auf 11 Amtsbezirke verteilen; 5 Kinder entstammten Arbeiterfamilien, 4 waren Kinder von Kleinlandwirten, 11 gestorbene Kinder fanden im Alter von 1-6 Jahren, 1 Person (ein Landwirt) hatte das 36. Lebensjahr überschritten.

Da die epidemische Kinderlähmung im Juli 1930 zuerst im Amtsbezirk Rehl gebühret aufgetreten ist, ist anzunehmen, daß die Krankheit von Strassburg und dem Unterelsaß, woselbst zu jener Zeit die epidemische Kinderlähmung sehr stark verbreitet war, nach Baden verdrängt worden ist. In 35 Fällen soll die Ansteckung angeblich aus dem Elsaß erfolgt sein. In 6 Fällen besteht der Verdacht, daß die epidemische Kinderlähmung durch Geschwister oder Verwandte übertragen worden ist.

Die Großhandels- und Lagererwerbungsvereinschaft, Sektion VII, Mannheim, hält am Dienstag, den 5. Mai, mittags 12 1/2 Uhr, im Parkhotel zu Bad Dürkheim (Pfalz) ihre diesjährige (45.) ordentliche Sektionsversammlung ab.

Aus der Landeshauptstadt

Beschränkter Verkehr über die Schiffbrücke. Der Verkehr über die beschädigte Karlsruher Schiffbrücke, der bisher nur für den Personenverkehr freigegeben war, ist seit Mittwochabend auch für den Verkehr mit Personenaufzügen, unbeladenen Landfuhrwerken und Personenaufzügen unter fünf Tonnen zugelassen worden. Der Schiffverkehr ist seit Donnerstag früh wieder offen. Wann der Verkehr im übrigen aufgenommen werden kann, steht noch nicht fest.

Neue Schwurgerichtsstagung. Ende April soll eine neue Schwurgerichtsstagung stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen vorerst drei Fälle: Kindesmord, Meineid und Körperverletzung mit Todesfolge.

400 Eier auf der Straße. Am Donnerstagvormittag überholte ein Kaufmannslehrling mit seinem Fahrrad in der Erbprinzenstraße eine Radfahrerin und bog nach dem Überholen zu früh wieder nach rechts ab, so daß beide aneinander stießen und zu Boden stürzten. Die Radfahrerin erlitt beim Sturz einen Ohnmachtsanfall; außerdem wurden etwa 400 Eier, die sie mit sich führte, zerbrochen.

Großentheater. Wie uns die Direktion mitteilt, findet heute Abend Stückwechsel statt, und zwar gelangt heute zum erstenmal „Der verhängnisvolle Grad“, ein toller Schwank in 3 Akten zur Aufführung. Auch in diesem Stück haben die beiden beliebten rheinischen Komiker Schmitz-Weißweiler die Hauptrollen inne und werden sämtliche Register ihres Humors ziehen. Vergnügtere Stunden als bei Schmitz-Weißweiler verbracht, gibt es im Leben wenige. Man benutze den Vorverkauf im Bigarrensau-Melch, Ecke Waldstraße und Pflanzung. Beginn der Vorstellungen jeweils 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 und 8 1/4 Uhr.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterstelle, Karlsruhe, von heute morgen: Der Vorüberzug einer flachen Randstörung über der Nordsee hat zu vorübergehender leichter Bewölkung geführt, jedoch ist eine wesentliche Änderung der bei uns durch hohen Druck bestimmten Wetterlage nicht abzusehen. — Voraussage: Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 310 minus 6, Basel 118 minus 2, Schutterinsel 184 minus 2, Rehl 327 plus 2, Marxau 514 minus 5, Mannheim 430 minus 5, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. April		9. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.39	168.73	168.23	168.57
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.48	112.23	112.45
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.393	20.433	20.388	20.428
New-York . . . 1 D.	4.197	4.205	4.1955	4.035
Paris . . . 100 Fr.	18.406	18.446	18.404	18.444
Schwiz . . . 100 Fr.	80.815	80.975	80.825	80.985
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	58.675	59.105
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.43	12.427	12.447

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 8. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 Pence.

Der Privatdiskont wurde — wie aus Berlin gemeldet wird — für beide Seiten um je 1/8 Proz. auf 4 1/2 Proz. ermäßigt.

Von den Börsen

In der Berichtszeit, die sich diesmal über einen 14tägigen Zeitraum erstreckt, hat die zuversichtliche Stimmung der Börse angehalten. Der verhältnismäßig leichten Ultimoüberwindung folgte eine leichte Verteufung im Hinblick auf die Osterfeiertage. Weiter machte die Aufnahme des deutsch-österreichischen Zollvertrages im Ausland zur Zurückhaltung. Nach den Osterfeiertagen eröffnete die Börse durchaus fest. Nach einer leichten Schwankung am Mittwoch brachte der letzte Berichtstag eine ausgesprochene Haussebewegung, für die insbesondere die günstige Arbeitsmarktentwicklung wie auch die Entlastung der Reichsbank ausschlaggebend waren. Hinzu kam, daß die allgemeine Wirtschaftslage zwar noch nicht die Besserung erfahren hat, die den Konjunkturaufrschwung mit Sicherheit erwarten läßt, aber doch ganz allgemein sehr günstig beurteilt wird. Besondere Anregungen gingen aus von den Realisationskäufen, die ein sehr flüssiges Bild zeigten. So kam es, daß die Kurse ihre Höchstziffern für 1931, die sie in den vergangenen Wochen nicht immer behaupten konnten, wieder überschritten. Besonders fest ist immer noch die Haltung der Rentenmärkte. Teilweise haben hier die Kurse ihren Höchststand vom Jahre 1929 erreicht. Es sind alle Aussichten dafür vorhanden, daß die feste Tendenz für die nächste Zeit weiter anhalten wird, insbesondere, da auch auf dem Gebiete der Innenpolitik ruhigere Zeiten bevorzustehen scheinen.

Brown Boveri & Co. AG, Mannheim. Der auf den 5. Mai einberufene Generalversammlung werden aus dem Reingewinn von 1.32 (244) Mill. 5 (9) Prozent Dividende auf 25 Mill. Aktienkapital vorgeschlagen. Die Abschreibungen auf Anlagen betragen 1.40 (1.88) Mill. RM. Trotz der wirtschaftlichen Depression sei der Umsatz nicht wesentlich im Berichtsjahr zurückgegangen. Die ungewöhnlich ungünstige Geschäftslage der letzten drei Monate aber verminderte den Auftragsbestand für das Jahr wesentlich.

Anstalts einer Genossenschaft. Die Schuhmacher-Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Heidelberg, befindet sich, dem „Heidelb. Tageblatt“ zufolge in Zahlungsschwierigkeiten und strebt einen Vergleich auf der Basis von 60 Proz. an.

Berlin-Karlsruher Industrie-Werke AG. Der „Berl. Börsenztg.“ zufolge, ist das Geschäftsjahr 1930 normal verlaufen. Infolge der allgemeinen gedrückten Wirtschaftslage sind die Umsätze gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Da sich der Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Günther Quandt, auf einer längeren Auslandsreise befindet, dürfte die Bilanzprüfung nicht vor Mai stattfinden.

Kraftübertragungswerte Rheinfelden. Die Gesellschaft schlägt der Generalversammlung (5. Mai) für 1930 wieder 10 Proz. Dividende auf 15 Mill. RM. Aktienkapital vor. Der Stromverbrauch ist infolge Rückgangs der industriellen Beschäftigung etwas hinter dem vorjährigen zurückgeblieben.

Die Zusammenschluß-Verhandlungen in der Uhrenindustrie gescheitert. Die Zusammenschluß-Verhandlungen in der Uhrenindustrie sind daran gescheitert, daß die Firma J. Mantel & Co. in Schweningen ihre bereits ausgesprochene grundsätzliche Zustimmung wieder zurückgezogen hat. In erster Linie dürfte die langjährige Familientradition gegen die Aufgabe der Selbständigkeit gesprochen haben.

Literarische Neuererscheinungen

Gendrit van Loon: Von Columbus bis Coolidge. Wegegang eines Weltteils. Mit 98 Zeichnungen des Verfassers. 312 Seiten Lexikonformat. (Kartontiert 6,75 RM. Rudolf Woss, Buchverlag, Berlin.) — Der Verfasser der „Geschichte der Menschheit“, die in allen Kultur Sprachen in immer neuen Auflagen erscheint, beschenkt uns mit diesem neuesten Werk, das binnen kürzester Zeit ebenfalls zu den Standardwerken einer jeden Bibliothek in aller Welt gezählt werden wird. In van Loons herrlich beschwingter Sprache mit ihrem urwüchsigen überlegenen Humor und ihrer verblüffend schonungslosen Offenheit liest man die Entwicklung des amerikanischen Kontinents seit seiner Entdeckung bis zum heutigen Tage. Van Loon weist die gegenseitige Verflochtenheit des Schicksals unseres Erdteils mit der Heimat der Rothhäute auf, öffnet dem Leser in den Kapiteln über die geistige und moralische Struktur der früheren europäischen Einwanderer das Verständnis für die (nach unseren Begriffen seltsame) Kulturlosigkeit des technisch hochentwickelten Kontinents, macht die Loslösung dieser gewaltigen Kolonie Europas vom Stammland zu einer Selbstverständlichkeit und deutet bei der Schilderung der großen Präsidenten Washington, Jefferson, Lincoln, Franklin das zwiespältige Wesen der gewaltigen Demokratie aus ihrem Ursprung und ihrer Entwicklung. In einem ganz eigenartigen Kapitel entwirft van Loon mit großem Geschick eine Skizze von der geistigen Gesamtstruktur Amerikas; aus ihr erhellt man, daß in diesem Lande mittelalterliches Denken und Empfinden bei modernster Gestaltung des äußeren Lebens handlungen und Urteile bestimmt, und daß die Geburt der Neuzeit in der Neuen Welt sich noch kaum ahnen läßt. 98 in ihrer Originalität einzigartige Zeichnungen des Verfassers gestalten in wenigen Strichen eine Idee, ein Ereignis dem Leser zum Erlebnis.

Sepp Allgeier: Die Jagd nach dem Bild. 18 Jahre Kameramann in Arktis und Hochgebirge. 150 Seiten mit 150 Bildern. (Stuttgart 1931, J. Engelhorn's Nachf. — Kart. 5 RM, Leinen 6,80 RM.) — Unter welchen ungeheuren Schwierigkeiten die grandiosen Naturfilme von Sand u. a. entstanden sind, davon gibt dies im besten Sinne interessante Buch zum ersten Male einen richtigen Begriff. Die lebendigen Berichte Allgeiers werden ausgezeichnet ergänzt durch 150 überwältigend schöne Aufnahmen aus dem nördlichen Eismeer und den Hochalpen. Die Einordnung der Bilder stets an der richtigen Stelle des Textes macht die Lektüre besonders angenehm. Das Buch eignet sich nicht nur für Erwachsene, sondern auch für die reifere Jugend, denn es unterhält nicht nur, sondern belehrt zugleich und erzieht durch das heldische Beispiel.

Zweckmäßiges Wohnen für jedes Einkommen, von Werner Gräff. (Müller & P. Kiepenheuer G.m.b.H. Verlag, Potsdam. Preis 2 RM.) — Dieses Buch schafft Klarheit über die Grundvoraussetzungen des Wohnens, warnt vor Überforderung und lehrt, das Geld so auszugeben, daß man den höchstmöglichen Nutzungswert dafür erhält. Es gibt hundert gute Tipps und überdies: Wertzeichnungen für Tischler! — Wir empfehlen es hiermit auf das wärmste.

Staatsanzeiger

Verordnung

(vom 9. April 1931)

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Zum Vollzug der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Reichsgesetzblatt I S. 79) wird auf Grund der Verordnung des Staatsministeriums vom 9. April 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 133) verordnet, was folgt:

§ 1. Zuständig zu den in §§ 7, 8, 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zugelassenen Maßnahmen ist der Minister des Innern.

§ 2. Zu Maßnahmen nach §§ 1, 6, 10, 12 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten sind neben den Ortspolizeibehörden auch die Bezirkspolizeibehörden zuständig; zu solchen nach § 8 auch die Beauftragten der Polizeibehörde.

§ 3. Zuständige Behörden im Sinne der §§ 10 Absatz 2 und 11 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten sind die Bezirksämter (Polizeidirektionen).

§ 4. Die auf Grund der §§ 7, 8, 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten ergehenden Anordnungen werden in der Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — bekanntgegeben; in gleicher Weise erfolgt die Bekanntgabe ihrer Aufhebung.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Karlsruhe, den 9. April 1931.

Der Minister des Innern
J. W. Weikel

Bekanntmachung

Der Badischen Kommunalen Landesbank — Girozentrale — Öffentliche Bank- und Pfanndirektion in Mannheim, ist durch Entschließung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 7 Proz. verzinslichen Goldhypothekendarlehen (4. Reihe) im Nennwert von 5 000 000 RM fünf Millionen Reichsmark sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zins- und Erneuerungsscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 9. April 1931.

Der Minister des Innern
J. W. Weikel

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Bericht: Regierungsrat Dr. Karl Sauter beim Bezirksamt Freiburg zu jenem in Karlsruhe; Verwaltungsobersekretär Wilhelm Brück beim Bezirksamt Engen zur Polizeidirektion Baden-Baden.

Gestorben: Inspektor Jakob Brauch an der Landesarbeitsanstalt Aislau.

Justizministerium

Ernannt: Die Gerichtsverwalter Philipp Niebel beim Amtsgericht Mannheim, Friedrich Walter beim Amtsgericht Ettlingen und Friedrich Schäufele beim Land- und Amtsgericht Konstanz zu Justizoberinspektoren, die Kanzlerin Maria Hall beim Notariat Emmendingen zur Kanzleifachistin.

Bericht: Justizsekretär Adolf Schumann beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Mannheim.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 9. April. Nach dem Abschluß der Voruntersuchung ist nunmehr das umfangreiche Aktenmaterial in Sachen der Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden, so daß mit der Erhebung der Anklage in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Nach dem „Heidelb. Tagebl.“ dürften immerhin noch etliche Wochen, wenn nicht gar einige Monate verstreichen, bis dieser große Prozeß vor dem Heidelberger Gericht zur Verhandlung kommt.

Id. Elmendingen (bei Pforzheim), 10. April. Der Donnerstag gestaltete sich für die Gemeinde zu einem außerordentlich unglücksvollen, folgte doch dem ersten Großfeuer mit der Einschüderung des Gasthauses zum „Löwen“ am Mittag ein zweites in dem neben dem Brandherd liegenden Gasthaus zum „Döfchen“. Hier brannten die Ökonometriegebäude vollständig nieder. Auch auf die noch stehenden Reste des „Löwen“ sprang das Feuer nochmals über, so daß hier nichts mehr steht als der Saalbau. Der Brandschaden ist außerordentlich hoch, die Brandursache noch ungeklärt.

D3. Kehl, 9. April. Am 6. April waren es 25 Jahre, seit Herr Albert Baumgärtner als Vertreter der Sozialdemokratie ins Gemeindeparslament eingetreten ist. Nach der Vereinigung von Stadt und Dorf Kehl im Jahre 1910 trat Albert Baumgärtner auch in den Gemeinderat ein; am 8. August ist er 20 Jahre Gemeinderat. Herr Baumgärtner verließ neben seiner Tätigkeit als Gemeinderat von 1919 bis 1930 das Amt eines Bezirksrats und vom 1. Januar 1925 bis 14. November 1926 das Amt eines Kreisrates. Von der Gemeindevahl 1922 bis 1930 hatte er die Stelle als stellvertretender Bürgermeister inne.

D3. Offenburg, 9. April. Die städtischen Notstandsarbeiter bei den Notstandsarbeiten an der Straße nach Zell-Weierbach und an der Baldbachkorrektur sind in Streik getreten. Der Streik scheint auf kommunistische Einflüsse zurückzugehen. Während die Stammarbeiter der Baufirmen für die verhängsweise Zeit im Baugewerbe einer vorläufigen Regelung zugestimmt haben, sind die Notstandsarbeiter in den Streik getreten.

D3. Konstanz, 9. April. Am Ofternonntag hat ein neues Bodenseeschiff, die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft erbaute „Rempten“, seine Fahrten als Kursschiff aufgenommen. Es faßt 450 Personen. Neuartig sind die Schiffschrauben, eine Erfindung eines Wiener Ingenieurs. Sie haben die Form eines waagrecht im Wasser liegenden Wasserrades mit beweglichen, vom Steuerhaus aus zu verstellenden Schaufeln. Diese Neuerung gibt dem Schiff eine vorzügliche Manövrierfähigkeit und gestattet Landung und Abfahrt ohne Zuhilfenahme von Stangen und Tauen.

D3. Konstanz, 9. April. An der Hofhalde am Münsterberg, wo die Stützmauer schadhaft geworden war, ließ man beim Abtragen der Mauer auf einen historisch bedeutsamen Fund. Bei den Grabungen fand man, wie von wissenschaftlicher Seite festgestellt wurde, die südliche Umsfassungsmauer eines römischen Kastells, dessen Spuren bisher vollständig verloren gegangen waren.

WOHLFEILE WOCHEN

Hermann TIETZ Karlsruhe

Durch Bezirksratsentscheidung vom 24. Februar 1931 wurden gemäß §§ 3 und 5 des Ortsstraßengesetzes die Straßen- und Hausfluchten der Stuttgarter Straße nach dem Antrage des Stadtrates vom 29. Dezember 1930 und dem ihm angehängten Plane für festgelegt erklärt.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plane, der nebst Anlagenverzeichnis 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des Stadt-Bauamts zur Einsicht aufliegt.

Karlsruhe, den 1. April 1931. D.3. 34
Badisches Bezirksamt II.

N. 601. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma W. H. Wolf jun., Tuchgroßhandlung in Karlsruhe, Douglasstr. 24, wurde heute am 8. April 1931, mittags 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Hugo Stein in Karlsruhe, Kaiserstr. 94, ernannt. Es wurde ein

Gläubigerauschuß bestellt. Dem Inhaber der Schuldnerin wurde gemäß §§ 51, 54 N.O. allgemein verboten, über Vermögenstheile der Firma oder des Privatvermögens ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: Mittwoch, den 29. April 1931, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 252. Der Vergleichsantrag und dessen Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts auf. Karlsruhe, den 8. April 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Bezirksparkasse Lörrach
(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1930

Soll		Haben	
Raffensbestand	45 108,09	Spareinlagen	4 886 763,10
Girozentralen und Banken	75 459,99	Giro- und Kontoforrentguthaben	954 543,89
Termingelder	950 000,—	Termingelder	665 000,—
Wechselbestand	460 807,39	Aufwertungs-Spareinlagen	—
Eigener Wertpapierbestand	259 130,40	Lörrach	1 331 053,43
Kontoforrent- und Girodebitoren	1 026 638,64	Aufwertungs-Spareinlagen	—
Feste Darlehen	3 978 809,06	Saagen	501 289,—
Einlage beim Giroverband	129 800,—	Aufwertungs-Abrechnungsskonto Lörrach	49 377,29
Zinsenrückstände	127 138,85	Aufwertungs-Abrechnungsskonto Saagen	6 619,63
Vorschüsse und Wiedererzinsungsbauab-Feuerversicherungsanschlag 242 400,— RM	164 500,—	Gesekliche Rücklagen	292 583,51
Büroeinrichtungen	1,—	Sonderrücklagen	20 000,—
Übergangsrechnungen	1 586,03	Rückstellungen für Umbau	16 000,—
Aufwertungs-Forderungen	—	Guthaben der Verbandsgemeinden aus Reingewinn	30 070,—
Lörrach	1 123 037,53	Bürgschaften 7500,— RM	—
Aufwertungs-Forderungen	—	Wechselobligo 131 154,06 RM	—
Saagen	400 732,11		
Bürgschaften 7500,— RM	—		
Wechselobligo 131 154,06 RM	—		
	8 753 299,85		8 753 299,85

50 JAHRE KNOPF

1881 - 1931

April 1881 April 1931

Geschäfts-Eröffnung

Leinwand-, Wäsche- und Wollwaren-Geschäft

Geschwister Knopf

Karlsruhe, den 3. April 1931.

N. 602. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Baum hier, Augustenstr. 69, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 1. Mai 1931, vormittags 10^{1/2} Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 253. Karlsruhe, den 2. April 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

Bezirksparkasse Lörrach
(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
1. Raffensbestand	54 456,34	1. Spareinlagen	11 386 603,13
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassent	2 234 105,84	2. Aufwertungs-Spareinlagen	1 916 345,48
3. Wertpapiere	706 587,30	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen	847 191,36
4. Wechsel	311 045,66	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	6 892 381,29	5. Anlehens- und andere Schulden	—
6. Darlehen in ffd. Rechnung an Private	1 242 168,76	6. Ausgaberrückstände:	—
7. Darlehen a. Schuldschein	260 015,86	a) aus Aufwertung	3 260,—
8. Darlehen a. Gemeinden	49 700,—	b) sonstige	22 606,97
9. Aufwertungs-Forderung	2 018 056,10	7. Rücklagen:	—
10. Einnahmerückstände	297 713,84	a) gesekl. Reservefonds	197 935,85
11. Grundstücke u. Gebäude	577 615,13	b) Sonderrücklage f. Aufwertungsabrede	262 044,49
12. Gerätschaften	14 797,—	8. Reingewinn vom Jahre 1930	22 660,84
	14 658 643,12		14 658 643,12

50 Jahre strengster Koellität - 50 Jahre unermüdeten Bemühens um die Zufriedenheit unserer Kunden. - Das Jubiläum soll uns Anlaß sein, das Vertrauen unserer Kunden durch eine ganz großzügige Sonder-Leistung zu belohnen. Schon vor Monaten beauftragten wir unsere Lieferanten besonders Gelegenheits-Posten - ausgesucht gute Ware - herbeizustellen

Jubiläum Verkauf

der Samstag, den 11. April, beginnt - Freitag Vorverkauf!

Wir laden Sie herzlichst ein, unser im Festschmuck stehendes Haus zu besuchen!

Jedes einzelne Angebot - eine Festgabe an unsere Kunden!

Zwar kaufen Sie bei uns immer beispieslos billig - aber von diesem Angebot müssen wir sagen: Nichts kommt ihm gleich!

KNOPF

KARLSRUHE

So. 12. 4. Der Ring des Nibelungen. Erster Tag: Die Walküre. Im Konzerthaus: Meine Frau, das Fräulein.

Drud G. Braun, Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Samstag, 11. April 1931 A 20

Der Ring des Nibelungen

Von Wagner

Vorabend

Das Rheingold

Dirigent: Strips

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende: Blant, Fanz, Haberhorn, Seibertich, Winter, Niefer, Hofpach, Löfer, Rentwig, Derner, Ritsch, Schoepflin, Straß

Anfang 20 Ende 22^{1/2} Preise D 1-3 RM

Städtische (Öffentl.) Sparkasse Baden-Baden

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8%, aus 12 233 799,49 RM Einlagen = 978 703,96 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 220 596,69 RM

Somit weniger = 758 107,27 RM

Baden-Baden, den 1. April 1931. R.385

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Eifner, Oberbürgermeister.

Der Geschäftsführer: Freilich, Direktor.